

## **Diese Abschiebung war rechtswidrig, sie muss rückgängig gemacht werden**

Redebeitrag zur LTT-Kundgebung gegen Abschiebungen

Tübingen 11.1.2020, 21.45 Uhr, Holzmarkt

Andreas Linder (move on – menschen.rechte Tübingen e.V., Bündnis Bleiberecht)

Es freut mich, dass heute so spontan und zu so später Stunde so viele Menschen zusammengekommen sind, um gegen eine Abschiebung zu protestieren. Man kann feststellen, dass sich Solidarität gegen Abschiebungen vor allem dann zeigt, wenn auch Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft, aus der einheimischen Bevölkerung davon unmittelbar betroffen sind. Es gibt jedoch leider viele und immer mehr Fälle von Abschiebungen, die das Licht der Öffentlichkeit überhaupt nicht erblicken, weil niemand von „uns“ davon betroffen ist.

In dem Einzelfall, um den es hier und heute geht, zeigt sich einmal mehr, wie gnadenlos, wie rechtlich unhaltbar und auch wie absurd Abschiebungen sein können. Ich finde deswegen gut, dass ihr in eurem Aufruf geschrieben habt, dass ihr das staatliche Vorgehen bei Abschiebungen Zitat *„niemals als Teil unseres gesellschaftlichen Normalzustands akzeptieren“* wollt.

Doch leider kommt eine solche Haltung in unserer Gesellschaft nur selten vor. Die gegenwärtige Flüchtlingspolitik, in der Abschiebungen eine sehr wichtige Rolle spielen, wird von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen. Ende 2017 wurde Horst Seehofer von der neugewählten Großen Koalition zum Bundesinnenminister gemacht. Für ein paar Verbesserungen in anderen Politikfeldern hat es die SPD damals hingenommen, dass eine nach der anderen Gesetzesverschärfung in der Flüchtlingspolitik eingeführt wurde. Im August 2019 wurde dann schließlich das sogenannte Geordnete Rückkehr Gesetz verabschiedet, Volksmund Hau-Ab-Gesetz. Auch dieses Gesetz wurde von der SPD durchgewunken. Der übliche Kuhhandel eben. Stets jedoch auf dem Rücken der Rechte von geflüchteten Menschen in Deutschland. Mit dem Hau-Ab-Gesetz wurden massive Erleichterungen eingeführt und zwar für die Verhängung von Abschiebungshaft, für die Abschiebung von abgelehnten Asylsuchenden und für die Ausweisung von Personen, die Straftaten begangen haben.

Das wichtigste Ziel der amtierenden Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik ist nicht, gegen die Ursachen von Flucht vorzugehen, sondern möglichst viele Menschen, die als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, wieder loszuwerden. Und so gibt es jetzt auch im Stuttgarter Innenministerium eine Taskforce, die nichts anderes macht, als sich jeden sogenannten Drittstaatsangehörigen, der kein gesichertes Aufenthaltsrecht, sondern nur eine Duldung hat, vorzunehmen und nach dem geeigneten Hebel zu suchen, wie man diese Person abschieben kann. In einem Zeitungsartikel in der Südwest Presse vom 4. Januar preist unser Innenminister Strobl seine Taskforce als Erfolgsmodell und behauptet, dass da garantiert die Richtigen abgeschoben werden. Ich halte das für pure Propaganda.

Richtig ist: Für sogenannte Gefährder oder Personen, die schwere Straftaten begangen haben, gab es auch bisher schon die ausreichende rechtliche Grundlage, so jemanden hinter Gitter zu bringen und dann auszuweisen.

Das Hau-Ab-Gesetz mit seiner heruntergesetzten Schwelle bei Strafverurteilungen zielt dagegen auf andere Personen, auf solche, die einfache Straftaten begangen haben, die keinen Pass haben, die ihre sogenannten Mitwirkungspflichten nicht ausreichend erfüllt haben usw. Letzte Woche hat ein afghanischer Klient von mir einen Brief von der Ausländerbehörde bekommen. Er soll dort am Montag zu einer Vorsprache erscheinen. Seit über zwei Jahren absolviert dieser Mann eine Ausbildung in einem Handwerksbetrieb. Weil sein Asylantrag abgelehnt wurde, hat er aber nur eine Duldung. Er hat eine Verurteilung wegen Schwarzfahren auf dem Kerbholz, sonst nichts. Ist das ein Gefährder? Ganz sicher nicht. Er hat jetzt jedenfalls Angst, dass er am Dienstag in den Abschiebeflieger nach Afghanistan gesetzt wird. Solche Fälle gibt es schon viele und wird es noch viel mehr geben.

Apropos Abschiebungen nach Afghanistan: Im Gegensatz zur Klimaschutzbewegung gibt es auch im weltoffenen und grünwählenden Tübingen nur wenige Leute, die sich organisiert und nachhaltig gegen Abschiebungen und für die Bleiberechte von Geflüchteten engagieren. Ich möchte das hier nicht gegeneinander diskutieren, sondern man müsste das Engagement für Geflüchtete und die Bekämpfung von Fluchtursachen viel stärker mit dem Engagement gegen die Umweltzerstörung und die Klimafolgen zusammenbringen. Denn die sogenannte Flüchtlingskrise hat, wenn man das ernst nimmt und sich die Ursachen anschaut, warum über 70 Millionen Menschen auf dieser Welt aus verschiedenen schwerwiegenden Gründen zur Flucht gezwungen sind, sehr viel mit der sogenannten Klimakrise zu tun.

Fakt ist allerdings, dass sich in der Flüchtlingsolidarität und zur Durchsetzung von Rechten für Geflüchtete in unserer Gesellschaft doch viel viel weniger als beim Klimaschutz bewegt hat. Und diese politische Schwäche bei der Flüchtlingsolidarität haben die Rechten in diesem Land von Palmer über Seehofer bis Höcke schamlos ausgenutzt. Mit rassistischer Stimmungsmache und restriktiver Flüchtlingspolitik sind sie politisch mächtig geworden und haben Wahlen gewonnen. Wenn sich daran etwas ändern soll, muss sich von unten mehr bewegen.

In diesem Sinne hoffen wir, dass sich auch in Tübingen in Zukunft wieder mehr von unten bewegt. Die heutige Aktion ist dafür ein gutes Zeichen. Und wir sollten stärker als bisher vorhandene Strukturen und eine Zusammenarbeit in Tübingen zwischen verschiedenen Akteuren aufbauen, die dafür sorgt, dass in möglichst jedem Einzelfall ein Bleiberecht durchgesetzt werden kann und es nicht zur Abschiebung kommt. Um Abschiebungen zu verhindern braucht es zum Beispiel gute und noch mehr Beratungsangebote und dafür auch das nötige Geld. Daran mangelt es zur Zeit.

Ich fasse zusammen und kleide das in Forderungen, wie wir sie vom Bündnis Bleiberecht Tübingen bereits seit ein paar Jahren vortragen:

- Wir fordern, dass eine Flüchtlingspolitik betrieben wird, die ernsthaft die Bekämpfung von Fluchtursachen angeht anstatt bloß Flüchtlinge zu bekämpfen durch Frontex, Mauern, Sterbenlassen, verschärfte Gesetze, Abschiebungen und so weiter

- Wir wollen, dass eine Asyl- und Flüchtlingspolitik betrieben wird, die auf Abschiebungen verzichten kann. Niemand muss abgeschoben werden. Auch bei Personen, die „vollziehbar ausreisepflichtig“ sind, kann der Aufenthalt geduldet werden. Das gibt das Aufenthaltsrecht trotz Hau-Ab-Gesetz immer noch her.<sup>1</sup>
- Wir wollen vor allem, dass niemand abgeschoben wird, der oder die eine Ausbildung macht oder eine feste Arbeitsstelle hat und den Lebensunterhalt selbst sichern kann. Sollte das nicht selbstverständlich sein? Ja, aber es ist nicht so, wie wir an vielen Fällen sehen.
- Wir wollen vor allem, dass niemand in Länder abgeschoben wird, in denen Kriege geführt werden oder in denen schwere Menschenrechtsverletzungen oder Diskriminierungen drohen oder schlicht extreme Armut, Elend oder Perspektivlosigkeit drohen. Stichwort Fluchtursachen. Sollte das nicht selbstverständlich sein? Ja, aber es ist nicht so, wie wir an vielen Fällen sehen. Letzte Woche bei der Klausur der CSU wurde mal wieder die Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsländer ins Spiel gebracht.
- Und zuletzt: Wir wollen, dass niemand abgeschoben wird, der in Deutschland familiär verwurzelt ist, der eine Familie gegründet hat oder mit einer aufenthaltsberechtigten Person verheiratet ist. Ja, ist das nicht selbstverständlich? Ja, sollte es sein, denn das im Grundgesetz verankerte Recht auf Ehe und Familie steht über dem ausländerrechtlichen Abschiebungsinteresse. Und das muss so bleiben.

**Nach allem was wir wissen war die Abschiebung von Bilal Waquas unrechtmäßig. Und wenn das so ist muss die Abschiebung rückgängig gemacht werden. Bilal muss auf Kosten des deutschen Staats nach Deutschland zurückgeholt werden.**

---

<sup>1</sup> Siehe § 60a Abs. 2, S.3 AufenthG